

Frauen sagen

NEIN

zur Ecopop-Initiative

Sie fordern eine gerechte und wirksame Umweltpolitik statt rassistische Scheinlösungen.

Sie fordern die Respektierung der reproduktiven und sexuellen Rechte von Frauen.

Sie lehnen Bevölkerungspolitik ab, weil diese zwischen «wertvollem» und «minderwertigem» Leben unterscheidet.

Nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP kommt am 30. November 2014 die Ecopop-Initiative zur Begrenzung der jährlichen Einwanderung zur Abstimmung. Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» behauptet, mit einer Beschränkung der Nettozuwanderung in die Schweiz auf 0,2% pro Jahr und der Zweckbindung von 10% der öffentlichen Schweizer Entwicklungshilfegelder an freiwillige Familienplanung im Süden zur Verhinderung des ökologischen Kollapses beizutragen.

Auf saloppe Art verbindet die Initiative ökologische Anliegen mit reaktionärem Gedankengut, weshalb sie BefürworterInnen in fortschrittlichen wie konservativen Kreisen findet.

Als Feministinnen¹ sind wir im höchsten Mass alarmiert über das Welt- und Frauenbild, das hinter Ecopop steckt, und wollen dieses analysieren und dekonstruieren.

Das vorliegende Papier ist das Ergebnis eines langen, längst nicht abgeschlossenen Diskussionsprozesses. Entsprechend ist das Papier als «Work in progress» und als Beitrag zur bevorstehenden Abstimmungsdebatte zu verstehen.

Im Folgenden legen wir die inhaltlich falschen und unhaltbaren Thesen der Ecopop-Initiative dar. Wir durchleuchten die zu Grunde liegenden Ideologien

und die verlogenen argumentativen Tricks, mit denen die Initiative versucht, auch «fortschrittliche» und «informierte» Menschen für ihre Sache einzuspannen.

In einem ersten Teil zeigen wir auf, dass die Forderung nach einer Zuwanderungsbeschränkung kein einziges der globalen ökologischen Probleme löst, sondern Ausdruck eines rassistischen Abschottungsdenkens ist. Wir nehmen Argumente und Diskurse auf, welche die jüngsten migrations- und asylpolitischen Abstimmungsdebatten geprägt haben und die mit der Ecopop-Initiative ihre Fortführung finden.

Im zweiten Teil stellen wir die Ecopop-Forderung nach verstärkter Finanzierung freiwilliger Familienplanungsprogramme im Süden in den grösseren Zusammenhang von Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik. Dabei entlarven wir die sinnenstellende Verwendung des Begriffs Familienplanung für die fremdbestimmte Geburtenregulierung und die daraus folgende Entmündigung von Frauen.

Der dritte Teil befasst sich mit der Ideologie hinter den Argumenten der Ecopop-Initiative. Damit wollen wir aufzeigen, wie sich die Ecopop-Initiative in internationale Unrechtsverhältnisse und strategische Diskriminierung einfügt und die Verantwortlichen für den zerstörerischen Überkonsum schützt, indem sie Dritten die Schuld dafür zuschiebt.

1.

Die Ecopop-Initiative ist keine Lösung für die ökologische Krise

Mythos Umweltschutz

Mit ihrer Forderung einer Beschränkung der Zuwanderung auf 0,2% pro Jahr verdeckt Ecopop die Tatsache, dass der Konsum in der Schweiz die natürlichen Lebensgrundlagen weit über die Landesgrenzen hinaus zerstört. Ein Grossteil unserer Emissionen fällt heute im Ausland an. Die Produktion unserer Güter zerstört Wasser, Luft und Boden – und damit verbunden die Lebensqualität in Ländern wie China, Bangladesch, Indien, aber auch in Lateinamerika und auf dem afrikanischen Kontinent.

NaturschützerInnen wurden lange als wirtschaftsfeindliche TräumerInnen belächelt. Erst nach den Umweltkatastrophen der 1980er Jahre (Tschernobyl, Bhopal, Schweizerhalle) fanden die Forderungen der Anti-AKW- und Umweltbewegung soweit Gehör, dass der Ausstoss von Abgasen im Privatverkehr, beim Heizen und für Produktionsverfahren begrenzt wurde. Die Einführung von Katalysatoren, die Regulierungen für Schwefel und Blei oder das Verbot der das Ozon zerstörenden FCKW-Gase waren derart erfolgreich, dass man bald schon glaubte, Umweltprobleme liessen sich mit technologischen Innovationen lösen. Doch der Schein trügt: Im Windschatten der kleinen Erfolge wächst das umweltschädigende Konsum- und Produktionsverhalten weiterhin rasant. Jede Einsparung wird umgehend mit Mehrverbrauch quittiert. Man denke nur an die Verkaufszahlen in den Bereichen Heimelektronik und Kommunikationstechnologie oder an die Rechenzentren, die für Cloud-Computing gigantische Mengen Strom verbrauchen. Doch die Umweltschäden durch Produktion von Unterhaltungselektronik, Autos, Kleidern etc. spüren nicht in erster Linie wir. Mit der Auslagerung der Produktion und Recycling exportieren wir auch deren gesundheits- und umweltschädigenden Folgen in die Entwicklungs- und Schwellenländer. Dort fallen auch die grössten Klimaschäden an und treffen stets zuerst die Ärmsten. Bereits heute sind Tausende auf der Flucht vor menschenverursachten Dürren, Stürmen und Überschwemmungen.

Wollen wir die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, braucht es keine Zuwanderungsbeschränkung,

sondern den Ausstieg aus fossilen Energieträgern und aus dem Konsumdiktat. Statt eines Schweizer Sonderzugs sind Grenzen überschreitende Zusammenarbeit, die Besteuerung der VerursacherInnen und Gesetze, die unverantwortliche Konzerne belangen, vonnöten.

Mythos Dichtestress

«Dichtestress» wird zum Sammelbegriff für eine ganze Palette von Unbehagen und Ängsten, Privilegien zu verlieren. So steht er etwa für die Befürchtung, das qua Geburt verbrieftete Recht auf Raum und Wohlstand zu verlieren. Statt diesen Anspruch als Interesse einer bestimmten Schicht zu entlarven und eine politische Debatte zu initiieren, legitimiert ihn Ecopop mit einer pseudo-ökologischen Argumentation.

Der Begriff «Dichtestress» stammt ursprünglich aus der Tierbiologie. Er beschreibt Verhaltensänderungen aufgrund räumlicher Enge oder ungenügender Nahrungszufuhr, etwa wenn Ratten ein aggressives Verhalten gegen ihre ArtgenossInnen entwickeln, wenn sie auf zu engem Raum gehalten werden. In seiner aktuellen, auf Menschen in der Schweiz bezogenen Verwendung bezieht sich «Dichtestress» hingegen vielmehr auf ein dumpfes Unwohlsein, denn auf einen klar definierten Zustand von lebensbedrohendem Mangel an Raum und Nahrung. Dank grossem Echo in den Medien legitimiert der Begriff heute Fremdenfeindlichkeit, weil man keinen Platz im Bus findet oder das «Einswerden mit der unberührten Natur» in der «Einsamkeit des Wanderns» nicht immer garantiert ist. Diese subjektiven und diffusen Befindlichkeiten eignen sich ausgezeichnet für politische Manipulationen.

Die Ecopop-InitiantInnen manipulieren in zweifacher Hinsicht. Erstens geben sie vor, dass es eine «unberührte Natur» und einen «objektiven Dichtestress» gibt. Die «Sehnsucht nach unberührter Natur» ist aber eine Konstruktion der Moderne, in der Realität bildeten die Städte (gerade wegen ihrer Dichte an Angeboten) sowohl früher als auch heute eine attraktive Alternative zum harten Leben auf dem Land. In der Schweiz droht auch kein Nahrungsmangel als Folge der Anzahl Menschen, die hier leben, denn das Nahrungsangebot hängt nicht von der bebaubaren Ackerfläche ab, sondern von den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, davon, wer wie über Produktion und Verteilung bestimmt.

Zweitens manipuliert die Ecopop-Initiative auf subtile Weise, indem sie einerseits die global drohenden Umweltkatastrophen als Resultat von unkontrolliertem Bevölkerungswachstum darstellt und andererseits den – angeblich aufgrund der Einwanderung entstandenen – «Dichtestress» in der Schweiz damit in Verbindung bringt. Die implizite Folgerung daraus ist, dass wir durch den Abbau des schweizerischen «Dichtestresses» – zum Beispiel mit einem Ja zur Ecopop-Initiative – einen Beitrag zur Lösung der globalen Umweltprobleme leisten. Während die «Dichte» hochgespielt wird, ist der Stress real vorhanden. Verursacht wird dieses Stressgefühl aber nicht durch den «Mangel an Natur und Lebensraum», sondern durch unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die profitorientierten Wirtschaftsmechanismen mit ihrem Wachstumsdogma sind nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern zwingen Menschen in eine Verwertungslogik und in Produktionszyklen, die permanent Hochleistungen auf allen Ebenen verlangen und bei vielen Stresssymptome, Aggressionen oder Verzweiflung auslösen. Parallel dazu werden die Sozialsysteme (Krankenkasse, AHV/IV etc.), die auf gesellschaftlicher Solidarität basieren und die bis anhin die Existenzsicherung garantierten, abgebaut. Den nun individuell für ihre Arbeits- und sozialen Bedingungen verantwortlich gemachten Menschen wird der Rückzug ins Private als Lösung nahegelegt.

Eine reduzierte Zuwanderung zum Schutz «unserer» Umwelt, wie sie Ecopop fordert, wird an diesem Stress nichts ändern, entspricht aber exakt den Prämissen der neoliberal-individualisierten Gesellschaft: Wer es sich leisten kann, zieht sich mit seiner Kleinfamilie in das eigene Haus oder die Eigentumswohnung zurück, wenn möglich mit Blick ins Grüne, auf den See oder die Berge.

Mythos unberührte Natur

Ecopop rekurriert auf ein Naturverständnis, das Natur als etwas Ursprüngliches betrachtet. Das ist falsch, denn wenn die Initiative von Natur spricht, bezieht sie sich auf durch den Menschen für den Menschen gezähmte, zugerichtete und ökonomisch verwertbar gemachte Umwelt: Kulturland, Bauland, Nutzwald, Erholungsraum – und nicht zuletzt Projektionsfläche unserer Sehnsüchte und Ängste. «La nature n'existe pas.»

In der westlich geprägten Welt versteht sich der Mensch nicht als Teil alles Existierenden. Mensch und Natur werden als Gegensätze verstanden – eine Dichotomie, in der der Mensch ein instrumentelles Verhältnis zur «Natur» eingeht. Das Christentum hat mit der Vertreibung aus dem Paradies bereits in der Schöpfungsgeschichte eine Metapher für diese Trennung gefunden. Eine Spaltung, die gleichzeitig die Sehnsucht nach «unberührter Natur» befeuert und das Bestreben anstachelt, sich die Natur zu unterwerfen.

Jede Definition von «Natur» ist interessengebunden und somit auch Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse. In Nordamerika behaupteten zum Beispiel die europäischen EinwanderInnen, das Land sei eine leere, unbewohnte Wildnis und deshalb frei für die Besiedlung. Mit dieser Verleugnung von bereits seit Jahrhunderten ansässigen Menschen wurde diesen das Recht auf Land und Leben abgesprochen und sie wurden symbolisch und faktisch zum Abschuss freigegeben. Oder ein aktuelleres Beispiel: Mit dem Beschwören des unberührten Palmenstrandes in der Südsee füllt die Tourismusindustrie ihre Kassen und verschleiert gleichzeitig die Tatsache, dass für die «Idylle am Meer» der Sand an anderen Stränden geplündert wird, Menschen zu miesen Löhnen arbeiten müssen, ihrer Lebensgrundlage beraubt und vertrieben werden. Denn niemand möchten den «unberührten Strand» ohne die dazugehörige Tourismus-Infrastruktur.

Bewegen wir uns durch Schweizer Städte, strahlt uns von Plakatwänden «Mutter Natur» sauber, gesund und schön entgegen. Die derart angepriesenen Produkte wie Nahrungsmittel, Kosmetika, Reisen, ja selbst Autos, seien umweltfreundlich und bekömmlich. – «Natur» wird gegen harte Währung als Sanatorium für den arbeitsamen gestressten Menschen verkauft. Auf allen Kanälen wird unsere Sehnsucht nach einem gesunden, einfachen und ruhigen Leben angesprochen und vorgegaukelt, das Paradies auf Erden sei möglich. Selbstverständlich ist von den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, die das alles möglich machen, keine Rede, sie sind die Kehrseite, sozusagen ein «integraler Bestandteil dieser Natur».

So wird die Sehnsucht der Menschen nach dem verlorenen Paradies geschürt und gleichzeitig Ängste vor einer katastrophalen Zukunft angeheizt. Ängste, die die Herzen eng machen und das Mitgefühl und

die Solidarität mit den Menschen verdrängen, die von aktuellen realen Katastrophen betroffen sind. So wird den Menschen die Sehnsucht nach einer heilen Welt und die Angst vor deren Verlust geradezu eingetrichtert: Sogar das Wandern in den Bergen werde zunehmend eng, heisst es. Doch wer wandert heute über Berg und Tal? Sind es Flüchtlinge, Bauarbeiter, Sexarbeiterinnen, das Gesundheits- und Reinigungspersonal oder die Menschen, die in Gastronomiebetrieben für das leibliche Wohl der Wandernden sorgen? Das dürfte die Ausnahme sein.

Mythos ökologisches Bewusstsein

Ecopop behauptet, zu viele Menschen störten das ökologische Gleichgewicht – und die Beschränkung der Einwanderung stelle dieses wieder her. So entlarvt sich das einfache Weltbild der InitiantInnen als simple Rechenaufgabe: Anzahl Menschen in der Schweiz minus EinwanderInnen = nachhaltige Schweiz.

Ökologie ist die Lehre der Beziehungen zwischen Lebewesen und Lebensräumen. Dass diese gestört und z.T. bereits zerstört sind, sei unbestritten. Das Schaffen von Bedingungen, die für alle lebbar sind, ist aber keine starre Rechenaufgabe, sondern ein lebendiger Prozess, der nicht durch Ausschluss herbeigezwungen werden kann. Um Beziehungen in ein Gleichgewicht zu bringen, braucht es Empathie, Kooperationswille und Zeit.

Ein zukunftsfähiges Zusammenwirken von Mensch und biologischer Umwelt sowie die erneuerbare Nutzung ihrer Ressourcen ist nicht frei von Herrschaftsverhältnissen und muss politisch ausgehandelt werden. Denn so wenig sich das Wirtschaftswachstum ohne ökologische Schäden weiter treiben lässt, so wenig kann Umwelt- und Klimaschutz ohne die Reduktion der weltweiten Armut und eine gerechtere Verteilung von Einkommen und natürlichen Ressourcen realisiert werden.

Im Gerede vom «verlorenen ökologischen Gleichgewicht» steckt die implizite Annahme, dass das wiederherzustellende Gleichgewicht ein statischer Endzustand von Glück sei. Das ist ein Mythos. Zum Zweck ihres Überlebens haben die Menschen ihre biologische Umwelt nutzbar gemacht und verändert. Sie haben damit Prozesse angestoßen, die in das biologische System eingreifen und die komplexen und vielfältigen Wechselwirkungen zwischen

Einzelorganismen und ihrer Umwelt beeinflussen. Ein Gleichgewicht in Ökosystemen ist nie dauerhaft, sondern konstantem Wandel unterworfen. Die Frage müsste deshalb eher lauten, wie diese Prozesse zugunsten des Überlebens aller Lebewesen und Organismen ausbalanciert werden könnten, und welche AkteurInnen mit welcher Werterhaltung dies garantieren können. Sicher ist, dass mit einer Wirtschaft, die vom Menschen bis zu den Bodenschätzen alles für die Mehrwertabschöpfung ausbeutet, keine Balance gefunden werden kann. Sicher ist ebenfalls, dass der exzessive Verbrauch an Konsumgütern in den reichen Überflussgesellschaften Prozesse angestoßen hat, welche ausser Kontrolle geraten sind.

Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Leben und Wirtschaften sind radikale Änderungen in den Macht- und Herrschaftsverhältnissen, so dass z. B. auch arme Frauen in afrikanischen Ländern ihre Sicht der Welt machtvoll einbringen können. Voraussetzung sind soziale und politische Aushandlungsprozesse, die nicht zur Hauptsache von den Mächtigen aller Länder bestimmt werden und die nicht einen westlichen Lebensstil propagieren.

Die simple Rechnung von Ecopop greift da definitiv zu kurz.

Mythos Klimaschutz

Ecopop macht glauben, durch Abschottung eine sichere Käseglocke über die Schweiz stülpen zu können. Das ist entweder naiv oder heuchlerisch. Wollte die Initiative tatsächlich der Umwelt- und Klimazerstörung etwas entgegenzusetzen, müsste sie eine globale Regulierung von Produktionsmethoden, Handel, Mobilität und Finanzflüssen fordern.

Der Klimakollaps scheint vor der Türe zu stehen. Eine Katastrophenmeldung jagt die nächste. Überschwemmungen und Hurrikane, Dürren und schmelzende Gletscher werden nicht mehr als drohende Katastrophen dargestellt, sondern als unumkehrbare Tatsachen. Da erstaunt, dass diesen gigantischen weltumfassenden Katastrophen keine ebenso gigantische internationale Handlungsbereitschaft entgegentritt. Statt eine Transformation der Weltwirtschaft anzustreben, werden hunderte Milliarden in Katastrophenresistenz investiert. Keine Regierung ist bereit, sich vom westlichen Wachstumsmodell abzuwenden und aktiv einen neuen Weg

einzuschlagen. Die Industrieländer drücken sich um echte Klimamassnahmen und kaufen lieber Klimazertifikate, mit denen sie im globalen Süden auf Kosten von industrieller Entwicklung CO₂-Speicher erhalten. Das ist staatlicher Ablasshandel.

Während die globalen Klimaverhandlungen weitgehend blockiert sind und vereinbarte Ziele kontinuierlich zurückgesteckt werden, feiert auf individueller Ebene das «bewusste Konsumverhalten» Hochkonjunktur. Öko- und Umweltbewusstsein sind längst zum Statussymbol und Distinktionsmerkmal einer mittelständisch urbanen Klasse geworden. Nichts gegen gesundes Gemüse aus der Region, Mobility und andere Sharingprojekte; solange solche nur ein Ausdruck des urbanen Lifestyle sind, nebst dem neusten iPhone und dem Städteflug übers Wochenende, haben sie keinen Effekt.

Wer so sein schlechtes Gewissen beruhigt, verkennt, dass ohne gesamtgesellschaftlichen Wandel, der weit über Lifestyle-Massnahmen hinausgeht, keine Lösung für die Klimakatastrophe und ihre Folgekatastrophen zu finden ist. So wichtig individuelles Bewusstsein und lokales Handeln ist, für die Lösung globaler Krisen, für die Beeinflussung globaler Wertschöpfungsketten braucht es globale Regulierungen und globalen Verzicht.

Ökologischer Fussabdruck

Der ökologische Fussabdruck der Schweiz ist viermal so hoch wie ihre Biokapazität, 65% davon macht der Verbrauch fossiler Energie aus. Das seit Jahrzehnten bestehende Ungleichgewicht nimmt stetig zu. Es basiert auf dem Import natürlicher Ressourcen und der Übernutzung globaler Güter (z. B. dem CO₂-Ausstoss in die Atmosphäre).

Der ökologische Fussabdruck drückt in globalen Hektaren die Fläche aus, die für die Produktion dieser Ressourcen und die Neutralisierung der Abfälle notwendig wären. Kritisiert wird der Indikator, weil er einerseits Nachhaltigkeit nicht vollumfänglich abbildet. Er berücksichtigt nur einen Teil der Umweltdimension und vernachlässigt die Dimensionen Gesellschaft und Wirtschaft ebenso wie den Verlust von Lebensraum, Ressourcen und Biodiversität, den Süsswasserverbrauch oder diverse toxische Emissionen. Andererseits bildet er lediglich einen Durchschnittswert ab, nicht jedoch den un-

terschiedlichen Verbrauch von Ressourcen durch verschiedene Bevölkerungsgruppen.

Mythos Überbevölkerung

Die Ecopop-Initiative macht glauben, die Hauptbedrohung für die natürlichen Lebensgrundlagen gehe von einer «unkontrollierten» Zuwanderung aus. Damit knüpft Ecopop an diffuse Ängste an, die von Rechtsparteien in der Asyl- und Einwanderungspolitik geschürt werden und verknüpft Raumplanungs- und bevölkerungspolitische Fragen, die unabhängig voneinander behandelt und gelöst werden können, auf unzulässige Weise.

Tatsache ist: Schon 1960 mit einer Bevölkerung von 5,4 Mio. hat die Schweiz mehr konsumiert als ihre Biokapazität² hergibt. Inzwischen hat sich das Missverhältnis vervielfacht. Gründe dafür sind der wachsende Konsum, fehlende Begrenzungen beim motorisierten Verkehr, Warmwasserverbrauch und Heizen, aber auch der Energieverbrauch für Dienstleistungen, Landwirtschaft, Militär und Industrie. Wollte man die globale Umweltzerstörung bevölkerungspolitisch verringern, müsste man eine drastische Reduktion der Menschen mit westlichem Lebensstandard verlangen. Oder die Reduktion der Schweizer Bevölkerung auf einen Viertel des heutigen Standes.

Eine Studie des Tages-Anzeigers untersuchte kürzlich den Wohnflächenbedarf im Kanton Zürich. Sie kam zum Schluss, dass wenig qualifizierte MigrantInnen im Durchschnitt pro Person mit 36,3 m² nur rund Dreiviertel so viel Wohnraum wie SchweizerInnen belegen. Menschen, die in Einfamilienhäusern leben, verbrauchen zudem pro Liegenschaft rund 600m² Umschwung. Dies sind knapp 25% der SchweizerInnen, 10% der hochqualifizierten und 5% der wenig qualifizierten Zugewanderten.

Hier zeigt sich deutlich der rassistische und ausländerfeindliche Charakter, der hinter den wohlfeilen Argumenten der Ecopop-Initiative steht. Um den Verbrauch an Kulturland zu reduzieren, müsste sie nicht die Einwanderung limitieren, sondern Initiativen zum verdichteten Wohnen und der 2000-Watt-Gesellschaft unterstützen und zudem diejenigen zur Verantwortung ziehen, die sich exklusiven Wohnraum auf dem Land oder in der Agglomeration leisten.

Mythos Chancengleichheit

Ecopop ändert mit der Forderung nach Begrenzung der Einwanderung nichts an der Schweizer Wirtschaftspolitik, die es erlaubt, umweltschädigende Erzeugnisse billiger zu vermarkten als biologische, fair produzierte und ökologisch abbaubare. So ist und bleibt der «bewusste Konsum» ein Privileg des Mittelstandes und beruht zudem auf der Ausbeutung von meist weiblicher Arbeitskraft. Gleichzeitig wird die Ausbeutung weiter ausgelagert. Zu den jährlich 0,2% AusländerInnen, denen wir auch nach der Annahme der Ecopop-Initiative Zugang zum Paradies Schweiz gewähren würden, gehören mit Sicherheit all die MigrantInnen, welche für die Reproduktionsarbeiten, die SchweizerInnen nicht mehr leisten wollen, unverzichtbar sind.

Der hohe Schweizer Lebensstandard beruht nicht nur auf global ungerechten Arbeits- und Produktionsbedingungen, sondern auch auf der Ausbeutung hiesiger Arbeitskräfte, meist MigrantInnen und häufig Frauen. Oft verrennt sich ein Konsumverständnis, das auf den Schlagworten «nachhaltig und fair» beruht, in fast unauflösbare Widersprüche. Es geht selbstverständlich davon aus, dass im Preis der eingekauften Ware oder Dienstleistung auch die Reproduktion der Arbeitskraft der ProduzentInnen inbegriffen ist – bzw. es wird kein Gedanke daran verschwendet. Auch eine nachhaltige Produktion, die sorgsam mit natürlichen Ressourcen umgeht und gerechtere Arbeits- und Lohnverhältnisse anstrebt, vergütet niemals die Care-Arbeit, welche die Produktion erst ermöglicht.

Beim Konsum bleibt die Zuständigkeit für die nachhaltige, ökologisch bewusste Pflege des Haushalts, des Gartens, des mit biologischen, gesunden Nahrungsmitteln gefüllten Kühlschranks und des mit ökozertifizierten Kleidern gefüllten Schranks meist bei den Frauen: Die Doppelbelastung der modernen Mittelstandsfrau (und ihrer migrierten Haushaltshilfe) wird verstärkt durch die zusätzliche Verantwortung für den ökologischen Fussabdruck.

In der Produktion beobachten wir ähnliches. So beruht etwa die konventionelle Schweizer Landwirtschaft vielfach auf der Ausbeutung billiger (Saison-) ArbeiterInnen. Von der Bio-Bäuerin wird zusätzlich erwartet, dass sie ihre Tiere «einfühlsam» betreut und den Boden «liebepoll» pflegt: alles unbezahlte Care-Arbeit. Nebst der schlecht bezahlten Produktion von Lebensmitteln gehört zur bäuerlichen Ar-

beit auch die minimal subventionierte Pflege von natürlichen Lebensräumen für Mensch und Tier, der Erhalt von Erholungsraum und der Schutz der Biodiversität. Die Selbstverständlichkeit unbezahlter weiblicher Reproduktionsarbeit in heterosexuellen Beziehungen und in der Familie haben Feministinnen «Arbeit aus Liebe» genannt. Mit der gleichen Selbstverständlichkeit wird nun davon ausgegangen, dass Bäuerinnen und Bauern aus Berufung und «Liebe zur Natur» für eine nachhaltige biologische Landwirtschaft und den Schutz der Biodiversität gratis arbeiten.

Für das Bio-Gemüse aus dem Supermarkt werden z. B. in Kalabrien oder Almeria oft illegalisierte, auf jeden Fall miserabel entlohnte MigrantInnen aus dem afrikanischen Kontinent ausgebeutet. Ein analoges Beispiel findet sich auch im Bereich Bau, wo das «Öko»-Label per se nichts über die Arbeitsbedingungen der legalen und illegalen BauarbeiterInnen aussagt.

2. Mit Familienplanung entmündigt Ecopop Frauen in armen Ländern

Die Ecopop-Initiative verlangt, dass 10% Prozent der Entwicklungsgelder der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit Deza in «freiwillige» Familienplanungsprogramme fliessen. Mit dem Argument, dass Menschen sich wegen zu hohem Kinderreichtum nicht entwickeln könnten und arm blieben. Viele seien deshalb gezwungen, in die Städte und ins Ausland abzuwandern. Migrierten sie aber aus einem Entwicklungsland in die Schweiz, würden sie unseren Lebensstandard annehmen und dadurch höhere ökologische Kosten verursachen. Implizit fordert die Ecopop-Initiative also, dass die Entwicklungszusammenarbeit arme Menschen dazu bringen soll, ihre Kinderzahl zu verringern und auf einen besseren Lebensstandard – bzw. Entwicklung – zu verzichten, um die ökologische Übernutzung des Planeten zu begrenzen und die Lebensgrundlagen in der Schweiz zu erhalten.

Familienplanung in Dienste der Bevölkerungspolitik

Unter Familienplanung wird im Allgemeinen die Möglichkeit verstanden, über die Anzahl und den Zeitpunkt

von Geburten innerhalb der Familie zu entscheiden. In der politischen Diskussion steht Familienplanung am Schnittpunkt von (staatlicher) Bevölkerungspolitik und dem (individuellen) Menschenrecht, über die Anzahl der Kinder selbst zu bestimmen.

Bevölkerungspolitik ist ein Mittel zur Regulierung von Menschen. Sie dient der Lenkung bestimmter Bevölkerungsteile in Richtung politisch erwünschter Ziele. Typische Beispiele bevölkerungspolitischer Massnahmen sind in der Schweiz die Regelung von Ein- und Auswanderung, die Siedlungspolitik und die Raumplanung. Sehr aktuell ist auch die Debatte um die «drohende Überalterung» unserer Gesellschaft. Das entsprechende Bedrohungsszenario beinhaltet einen möglichen Kollaps von Sozialversicherung und Gesundheitswesen sowie einen «Clash der Generationen». Der Diskurs der «Überbevölkerung» in den Ländern des Südens beschwört dagegen verheerende Folgen für die Umwelt durch wachsenden Nahrungs- und Energiebedarf herauf sowie die Gefahr «ungezügelter» Migration in die reichen Länder. Wo von «Überbevölkerung» gesprochen wird, ist der «Überfremdungs-Gedanke» nicht weit, der die Schweiz seit der Schwarzenbach-Initiative 1974 nie mehr losgelassen hat.

Gemeinsam ist beiden Bevölkerungspolitiken das diskursive Beschwören eines «Überhandnehmens». Hier wird das Bedrohungsszenario der «Überalterung» geschaffen, dort dasjenige der «Überbevölkerung» und der «Überfremdung». Gemeinsam ist den Bevölkerungspolitiken auch, dass sie bestimmten Menschen mehr Wert zuweisen als anderen und dass sie sich, implizit oder explizit, gegen eher ärmere Bevölkerungsschichten richten.

Bevölkerungspolitik nutzt populistische Metaphern und mediale Inszenierungen, um Bedrohungsszenarien zu schaffen, die bestimmte Politiken unabdingbar erscheinen lassen. So zum Beispiel die staatliche und überstaatliche Politik der Kontrolle der Bevölkerungszahl. Während in der Schweiz als Massnahme gegen die «Überalterung» eine pro-natalistische Bevölkerungspolitik zur Hebung der «einheimischen Geburten» betrieben und mittels Steuerabzügen, Krankenkassenverbilligungen etc. beworben wird, strebt man in den Ländern des Südens eine Verringerung der Bevölkerung durch die Reduktion der Geburtenzahl an. Familienplanungsprogrammen wie von Ecopop gefordert, kommen dabei eine zentrale, aber äusserst umstrittene Rolle zu.

Verweigerung des Rechts auf reproduktive Gesundheit und Selbstbestimmung

Dass Ecopop die Zuwanderungsbeschränkung an Familienplanung koppeln will, entbehrt nicht einer inneren Logik. Beide Diskurse bevorzugen eine nach nationalistischen Kriterien auserkorene Bevölkerungsgruppe und verstossen gegen einen Kernsatz westlicher Ethik, der besagt «Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren».

Die international ratifizierten Menschenrechte verpflichten alle Regierungen, ein Set politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte sicherzustellen. Dazu gehören die politischen Freiheitsrechte genauso wie der Zugang zu Bildung, Gesundheit, Unterkunft, aber auch zu sauberer Luft, Ruhe und einer unversehrten Natur. Die Frauenrechtsdeklaration streicht zudem spezifische Rechte für Frauen hervor. Dazu gehören auch die sexuellen und reproduktiven Rechte, die das Recht auf Familienplanung, also die Versorgung mit risikofreien Verhütungsmitteln, den Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch und die Mutter-Kind-Gesundheit umfassen (siehe Kasten). Die Ausübung des Rechts, selbstbestimmt und frei von Zwang über den eigenen Bauch und die Anzahl Kinder zu entscheiden, bedingt aber die vorgängige Realisierung anderer Freiheits- und Versorgungsrechte. Denn nur wer wirtschaftlich und sozial auf eigenen Füßen steht, kann sich aktiv gegen Fremdbestimmung durchsetzen.

All dies berücksichtigt Ecopop bei der Forderung nach Familienplanung in den Ländern des Südens nicht und spricht so den Frauen im Süden das Recht auf die reproduktive Selbstbestimmung ab.

Selbstbestimmte Familienplanung ist ein Menschenrecht

Die Zweckbindung von Familienplanung an einen Geburtenrückgang, wie sie Ecopop vorschwebt, verletzt elementare Menschenrechte von Frauen und Männern. Nicht von ungefähr benutzt Ecopop den veralteten und längst überholten Begriff der Familienplanung der Uno-Weltbevölkerungskonferenz von 1968. Damals verstand man unter Familienplanung eine Bevölkerungskontrolle, die wirkungsvoll die Geburtenzahlen senkt, ohne auf die spezifi-

schen Rechte und Bedürfnisse von Frauen und Paaren Rücksicht zu nehmen. Bereits 1979 verabschiedeten die Uno-Mitgliedstaaten die Konvention zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW). Artikel 16^{e3} schreibt das Recht von Frauen und Männern, frei über die Zahl und den Zeitpunkt der Geburten zu entscheiden, als universelles Menschenrecht fest. Dieses Recht wurde 15 Jahre später von der Uno-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 bestätigt⁴. Zum Recht auf selbstbestimmte Familienplanung gehören seither neben dem ungehinderten Zugang zu Verhütungsmitteln die Behandlung von unfreiwilliger Unfruchtbarkeit, das Recht auf Bildung und Empowerment sowie der Schutz vor Mütter- und Kindersterblichkeit. Der Uno-Begriff der «Familienplanung» umfasst also weit mehr als den Zugang zu Aufklärung und Verhütungsmitteln.

Geburtenregulierung lindert weder Armut noch Hunger

Die Vorstellung, Frauen würden ihr Gebärverhalten aufgrund von Aufklärungskampagnen und Zugang zu Verhütungsmitteln ändern, ist naiv und falsch. Grossangelegte Umfragen der Weltbank⁵ zeigen, dass junge Frauen und Mütter, die keine weiteren Kinder wünschen, meist den nötigen Zugang zu Verhütungsmitteln haben und bestens wissen, wie diese anzuwenden sind. Fehlender Zugang zu reproduktiver Gesundheit, zu Verhütungsmitteln und sicherer Abtreibung, aber auch zu Prävention und der Behandlung übertragbarer Geschlechtskrankheiten und HIV/Aids sind meist Folge einer fehlgeleiteten Politik. Diese Dienstleistungen und Rechte werden Frauen von Regierungen, die von Religionsgemeinschaften wie der katholischen Kirche oder dem Vatikan unterstützt und legitimiert werden, absichtlich vorenthalten. Wo Diskriminierung bekämpft wird und Frauen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben, wo sie öffentliche Mitsprache und finanzielle Unabhängigkeit geniessen, sinkt die Geburtenrate seit vielen Jahren. Gemäss Statistik der Weltbank hat sich seit den 1960er Jahren die Kinderzahl pro Frau im gebärfähigen Alter global von 4,7 auf 2,5 halbiert⁶.

In der Regel entscheiden Frauen rational, ob sie ein Kind zur Welt bringen oder nicht. Die Motivationen aber unterscheiden sich nach Kulturkreis und Gesellschaftsschicht. Während im industrialisierten

Norden Kinderkriegen zunehmend der Selbstverwirklichung dient, sind in armen Ländern oft auch ökonomische Erwägungen ausschlaggebend. Ebenso spielen beim Entscheid zur Kinderzahl diverse bewusste und unbewusste Faktoren mit: Verwandtschafts- und Haushaltsstrukturen, Vererbungssysteme, ökonomische Bedingungen, die Organisation der Kinderbetreuung, Bildungsangebote und Gesundheitsversorgung ebenso wie kulturelle Aspekte von Körperlichkeit, Sexualität, Fruchtbarkeit, die gesellschaftliche Anerkennung von Mutterschaft etc. Den völlig autonomen Entscheid für oder gegen ein Kind gibt es nicht, denn alle Frauen sind in sozio-ökonomische Strukturen eingebunden, die dafür ausschlaggebend sind. Viele Frauen sind aus sozialen Prestige Gründen gezwungen, Kinder – oder sogar Söhne – zu gebären. Andere sind auf die mitverdienenden Kinderhände angewiesen, oder Kinder stellen die einzige «Sozialversicherung» dar.

Die Ecopop-Initiative spielt mit dem Klischee, armen Menschen würde es besser gehen, wenn sie weniger Kinder hätten. Dabei tragen Kinder in vielen Ländern massgebend zum Überleben der Familie bei. Dennoch ist es wahr, dass es vielen Frauen schwer fällt, ihre Kinder über die Runden zu bringen. Ein Grund dafür liegt darin, dass viele Frauen alleine für die Finanzierung der Familie aufkommen müssen, noch immer einen Grossteil der unbezahlten Arbeit leisten, keinen Existenzlohn erhalten und darüber hinaus weder im Alter noch bei Krankheit versichert sind. Ein anderer liegt darin, dass viele öffentliche Dienstleistungen in den letzten zwanzig Jahren privatisiert wurden. Viele Frauen können sich den Schuleintritt ihrer Kinder, ärztliche Versorgung oder Medikamente nicht mehr leisten, manche nicht einmal sauberes Trinkwasser. Wer ein menschenwürdiges Leben leben kann und wer nicht, hängt nicht von «natürlichen Lebensgrundlagen» ab, sondern von politischen Prioritäten. Wer arme Frauen im Süden stärken will, muss den Ausbau der öffentlichen Grundversorgung und einen gesamtgesellschaftlichen Lastenausgleich fordern und nicht Verhütungsmittel verteilen.

Würden, wie Ecopop dies fordert, 10% Prozent der Schweizer Entwicklungshilfegelder in Aufklärung und Verhütungsmittel investiert, fehlten jährlich 200 Millionen Schweizer Franken in anderen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit. 200 Millionen sind das Doppelte dessen, was die Deza bis anhin zur spezifischen Unterstützung von Frauen ausgibt,

d. h. für Programme in den Bereichen Grund- und Berufsbildung für Frauen und Mädchen, Mutter-Kind-Gesundheit, Geschlechtergleichstellung, politische Partizipation etc. Der Ecopop-Vorschlag konkurriert also ganz direkt Programme, die Frauen befähigen, aktiv über die Zahl ihrer Kinder zu entscheiden. Fragt man nämlich nach den Gründen, weshalb sie ungewollte Kinder gebären, nennen Frauen am häufigsten Armut und geschlechter-spezifische Diskriminierung⁷. Wer ungewollte Schwangerschaften verhindern will, muss nicht Verhütungsmittel verteilen sondern diskriminierende patriarchale Systeme aushebeln und den Zugang von Frauen und Mädchen zu Grund- und Berufsbildung ebnen. Dies belegen zum Beispiel Studien aus Angola: Frauen ohne Schulbildung haben dort durchschnittlich acht Kinder, Frauen mit Grundbildung sechs und Frauen mit Sekundarabschluss lediglich zwei bis drei.

Der Lebensstandard nicht die Kinderzahl bestimmt über den Ressourcenverbrauch

Die Ecopop-These, dass es den Menschen in Entwicklungsländern besser ginge, wenn weniger Kinder gezeugt würden, steht auf tönernen Füßen. Entwicklungsländern fehlen die Ressourcen nicht, weil die Bevölkerung zu viele Nahrungsmittel oder zu viel Energie konsumiert. Sie fehlen, weil die natürlichen Bodenschätze durch international tätige Unternehmen zu miserablen Konditionen ausgebeutet werden und enorme Teile des Volksvermögens in Steueroasen abfließen.

Der durchschnittliche Ressourcenverbrauch durch die Entwicklungsländer ist minimal. Im Niger zum Beispiel beläuft sich der Pro-Kopf-Ausstoss an Emissionen jährlich auf gerade einmal 0,1 Tonnen CO₂. In der Schweiz ist die Belastung mit 5,4 Tonnen (die versteckten Emissionen durch den Konsum von Importgütern nicht eingerechnet) rund 54 Mal höher. Und die 311 Millionen zählenden US-AmerikanerInnen belasten die Umwelt heute vier Mal mehr als die 1,2 Milliarden Menschen Indiens. Eine auf dem Land lebende 10- bis 20-köpfige Grossfamilie im geburtenreichsten Land der Welt dürfte also weit weniger ökologischen Schaden anrichten als ein kinderloses Schweizer Ehepaar. Unerforscht ist die Korrelation von Kinderlosigkeit und Ressourcenverbrauch. Das Konsumverhalten (Wohnen, Reisen, Kommunikationstechnologie) der begüterten städtischen Double-Income-No-Kids-Gesellschaft legt nahe, dass die

Senkung der Geburtenrate keineswegs zu Einsparungen führt.

Eine tiefe Bevölkerungsdichte bringt keinen Wohlstand

Wer Geburtenkontrolle im Süden fordert, nennt absichtlich keine konkreten Zahlen zur gewünschten Bevölkerungsdichte. Würde die Geburtenkontrolle in dicht besiedelten Ländern mit hohem CO₂-Ausstoss ansetzen, träfe dies Stadtstaaten wie Monaco und Singapur oder aber Holland, dessen Bevölkerungsdichte mit 495 Menschen pro Quadratkilometer deutlich über der von Indien (411) liegt. Nigeria, das mit 180 Personen pro Quadratkilometer am dichtesten bevölkerte Land Afrikas, liegt hinter der Schweiz (198) oder Deutschland (235), wo die Parlamente immer wieder über pro-natalistische Politiken zur Refinanzierung von Wohlfahrtseinrichtungen verhandeln. Wo welche Bevölkerungsdichte angestrebt wird, ist politisch motiviert. Vor diesem Hintergrund entpuppt sich das Ziel von Ecopop, die Geburtenzahlen in Entwicklungsländern zu senken als reiner Imperialismus.

Bis zum zweiten Weltkrieg wurde Unterentwicklung und Unterbevölkerung gleichgesetzt. In Afrika förderten die Kolonialmächte pro-natalistische Programme mit dem Argument, eine zu tiefe Bevölkerungsdichte behindere die wirtschaftliche Entwicklung, weil sich die Erschliessung mit Strassen, Schulen und Spitälern in schwach besiedelten Gebieten nicht lohne.

Die Idee, Armut korreliere mit einer hohen Bevölkerungsdichte, widerspricht der Tatsache, dass rund um den Erdball Menschen zur Verbesserung ihres Lebensstandards in urbane Zentren ziehen. Allen, die etwas von öffentlichen Budgets verstehen, müsste klar sein, dass dünn besiedelte Gebiete nur über einen Lastenausgleich am Wohlstand partizipieren und Zugang zur öffentlichen Grundversorgung (Energie, Wasser, Bildung, Gesundheit) erhalten können. Regionen mit tiefer Bevölkerungsdichte sind meist arm und unterversorgt. Beispiele sind die von der Schweizer Entwicklungshilfe unterstützen Länder in West- und Nordafrika (z. B. Tschad und Mali mit 10 resp. 12, oder Tunesien und Ägypten mit 69 resp. 81 Menschen pro Quadratkilometer), aber auch Abwanderungsgebiete in Japan und Russland

oder touristisch nicht erschlossene Bergregionen der Schweiz.

Familienplanung ist in vielen Ländern nicht freiwillig

Die Ecopop-Initiative fordert «freiwillige» Familienplanungsprogramme und meint damit explizit Aufklärungsunterricht und die kostenfreie Abgabe von Verhütungsmitteln. Dabei wird verschwiegen, dass solche Programme immer wieder dazu eingesetzt wurden, strategisch und unter Zwang das Wachstum ganz bestimmter Bevölkerungsgruppen einzuschränken.

Zahlreiche der sogenannten «freiwilligen» Familienplanungsprogramme verfolgen nur ein konkretes Ziel: die Senkung der Geburtenrate. Dafür arbeiten sie mit Anreizen und Quoten. Bekannt ist, dass Frauen mit Lebensmittelhilfen, Direktzahlungen, Bildungsgutschriften für Kinder oder zinslosen Darlehen zum Gebrauch von Verhütungsmitteln gebracht werden. Immer wieder kommt es auch zu direktem Zwang, z. B. mittels Strafen. Beispiele gibt es viele. So wurden in den 1970er Jahren in Indien im Rahmen einer Sterilisierungskampagne Frauen mit mehr als drei Kindern, die sich nicht unterbinden liessen, gebüsst. In Bangladesch realisierte die Regierung 1983 unter dem Druck der Weltbank, der US-amerikanischen Entwicklungsorganisation USAID und dem Uno-Bevölkerungsfonds (UNFPA) grossangelegte Geburtenkontrollprogramme mit dem Ziel einer massiven Reduktion der Geburtenrate. «Freiwilligkeit» hiess in diesem Fall: Wer in eine Sterilisation einwilligte, bekam eine Geldzahlung von mehreren Monatslöhnen und Kleidung – dies in einer Zeit, in der viele Menschen Hunger litten und oft nur über ein einziges Kleidungsstück verfügten. Druck ausgeübt wird auch von den MitarbeiterInnen des Gesundheitswesens, deren Lohn vom Erreichen bestimmter Sterilisations-Quoten oder der Abgabe von Langzeitverhütungsmitteln abhängt. Auch die Schweiz hat eine unrühmliche Vergangenheit im Umgang mit dem Recht, eigenständig über die Anzahl Kinder entscheiden zu können. Bis in die 1980er Jahren wurden geistig Behinderte, aber auch Fahrende, Arme und Angehörige von sozialen Randgruppen (meist Frauen) ohne ihr Wissen oder ohne ihre Zustimmung aus rassenhygienischen Motiven zwangssterilisiert. Es wird angenommen, dass noch heute jede zweite geistig behinderte Frau sterilisiert ist.

Aufgrund dieser Erfahrungen sprach sich bereits der Aktionsplan der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 dezidiert gegen Zwang und Anreize oder Bestrafungen in Familienplanungsprogrammen aus und forderte die gesetzliche Verankerung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen. Trotzdem blühen oben beschriebene Bevölkerungskontrollprogramme heute im Kontext der «Ressourcenknappheitsrhetorik» wieder auf. Zudem ist eine Rückkehr zu Anreizen im Kontext der Verhütung erkennbar. Arme Menschen für Sterilisationen oder für den Gebrauch bestimmter Verhütungsmittel zu bezahlen oder zu vergüten, ist eine Menschenrechtsverletzung und hat nicht das Geringste mit reproduktiver Wahl und Freiwilligkeit zu tun.

Das Geschäft mit der Regulierung der Gebärfähigkeit⁸

Empfängnisverhütung ist ein überaus attraktiver Wachstumsmarkt der Pharmaindustrie. Als Private-Public-Partnership betreiben Bayer HealthCare, die Bill & Melinda Gates Stiftung und Geberregierungen aus Industrieländern unter dem Schirm der Millenniumsentwicklungsziele ein Programm für Langzeitkontrazeptiva in den 50 ärmsten Ländern. Damit sollen zwischen 2013 und 2018 30 Millionen «ungewollte» Schwangerschaften verhindert und so 250 Millionen US-\$ Gesundheitskosten eingespart werden. Konkret wird das von Bayer HealthCare vertriebene Verhütungsimplantat Jadelle (früher bekannt als Norplant II) gefördert, das bisher nur von rund zwei Prozent der 600 Millionen Frauen benutzt wird, die in Entwicklungsländern verhüten. Die Initiative subventioniert 27 Millionen Implantate mit 10 US-\$ pro Stück und ermöglicht so Bayer, mit Jadelle auf dem internationalen Markt gegen die Konkurrenz von Sino-Implant II aus Shanghai zu bestehen.

Mit dieser hormonellen Langzeitempfangnisverhütung, die bis zu fünf Jahre wirkt, spricht Bayer primär Frauen in schlecht erschlossenen Gebieten an. Wegen der schlechten Verträglichkeit des Mittels liegen die Abbruchquoten bei knapp 30 Prozent. Die Frauen klagen über unregelmässige oder zu starke Blutungen, Kopfschmerzen, Depressionen, Gewichtszunahme, Haarausfall etc. Gerade für arme und mangelernährte Frauen in ländlichen Gegenden können solche Nebenwirkungen lebensgefährlich sein. Zudem begeben sich die Frauen in Ab-

hängigkeit. Eine Entfernung des Implantats führt in sieben Prozent der Fälle zu Komplikationen und muss operativ erfolgen. Oft liegt die nächste Gesundheitsstation aber weit entfernt.

3. Die fragwürdigen Ideologien hinter der Ecopop-Initiative

Dass die Ecopop-Initiative die Zuwanderungsbeschränkung für die Schweiz an die Förderung der Familienplanung im Süden koppelt, entspringt einer verkürzten Logik. Diese geht erstens davon aus, dass sich die ökologische Situation der Schweiz durch eine strikte Reduzierung der Einwanderung verbessern lasse und sich die Zahl der MigrantInnen zweitens automatisch verringere, wenn arme im Süden erst gar nicht geboren würden. Was auf den ersten Blick logisch, ökologisch und gut gemeint erscheinen mag, lässt beim genaueren Hinsehen erschreckend reaktionäres Gedankengut erkennen.

Es zeugt von einer zutiefst frauenverachtenden, sexistischen Einstellung, wenn die InitiantInnen die zum Teil bis heute durchgeführten sogenannten freiwilligen Familienplanungsprogramme und ihre verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit von Frauen einfach ausblenden. Zudem reduziert das Ziel, die Geburtenrate in armen Ländern zu senken, Frauen auf ein Mittel für bevölkerungspolitische Zwecke. Damit verbunden wird der Verhütungsmittelindustrie ermöglicht, die Gebärfähigkeit von Frauen zu kapitalisieren.

Die Initiative reproduziert das Bild der ungebildeten farbigen Frau, die von Natur aus hemmungslos fruchtbar und unfähig ist, selber über die Anzahl der gewünschten Kinder zu entscheiden. Dies auf einem medialen Hintergrund, der «Überbevölkerung» meist mit schwarzen Menschenmassen ins Bild setzt. Daraus wird implizit ein Recht für Schweizer und Schweizerinnen abgeleitet, zu bestimmen, welche Anzahl Kinder Familien in den sogenannten Entwicklungsländern zusteht. Unter dem Deckmantel der Solidarität versteckt sich altbekannter Rassismus und Bevormundung. Mit einer vordergründig ethisch einwandfreien Verpackung versucht Ecopop rassistisches Denken und Verhalten auch für progressive und ökologisch sensible Menschen akzeptabel zu machen.

Es entspricht einer alten, kolonialen Tradition, den Ländern des Südens Massnahmen zu verordnen, die den Lebensstandard der KolonisatorInnen verbessern. Mit der Forderung, mit Entwicklungshilfegeldern Verhütungskampagnen zur Regulierung der Gebärfähigkeit von Frauen durchzuführen, um die Migration in die Schweiz zu reduzieren, dockt die Ecopop-Initiative nahtlos an neokoloniale und imperialistische Politiken an.

Bevölkerungspolitische Massnahmen verletzen die Würde des Menschen. Was technokratisch und «neutral» als Familienplanung daherkommt, bewertet Menschen nach ihrer wirtschaftlichen Nützlichkeit. Wer zur ökonomischen Wertschöpfung beiträgt, ist erwünscht, wer ökonomisch nicht verwertbar ist, erscheint überflüssig. Werden bei uns die «Alten» zunehmend als unproduktive VerbraucherInnen von Ressourcen dargestellt, sind es in den Ländern des Südens «die Armen», die besser gar nicht erst geboren würden. Diese Einteilung in wertvolle und minderwertige Menschen entstammt eugenischem Gedankengut. Ecopop gesteht dies auf ihrer Webseite unfreiwillig ein: «Die Weltbevölkerung nimmt jeden Tag um 220'000 Menschen zu. Mit diesem starken Bevölkerungswachstum, hier wie weltweit, verbauen wir unseren Kindern im wahrsten Sinne des Wortes die Zukunft!» Es ist unmissverständlich, wer mit «unseren Kindern» gemeint ist. Auch die Klausel in der Initiative, dass «gut Qualifizierte» in die Schweiz kommen dürfen, ist ein Ausdruck der Einteilung in mehr oder weniger wertvolle Menschen.

Implizit wird in der Initiative und den Erläuterungstexten durchgehend das Bild eines «bedrohten Volkes» konstruiert. Ecopop hütet sich zwar, explizit vom Schweizer Volk zu reden, aber als vereinheitlichende Klammer wird die Schweiz bemüht. «Unser Land» wird als bedrohte Einheit dargestellt, in der alle die gleichen Bedürfnisse haben und gleichermassen für die Verschwendung von Ressourcen und den Raubbau an der Natur verantwortlich sind; wo alle vom Dichtestress und der drohenden ökologischen Katastrophe gleich betroffen sind und sich deshalb alle im Kampf gegen die ökologische Katastrophe zusammenfinden sollen. Ausgeblendet werden Unterschiede in der Verteilung von Rechten, Mitteln und Chancen, bedingt durch vielfältigste Herrschaftsverhältnisse. Einkommens- und Vermögensunterschiede werden ebenso wenig thematisiert wie unterschiedlicher Zugang zu Macht oder Unterschiede in den Konsum-, Distributions- und

Produktionsverhältnissen. Klar ist jedoch, dass MigrantInnen nicht zu «unserem Land» gehören. Die Konstruktion eines einheitlichen Volks basiert auf einer reaktionären, nationalistischen Ideologie und operiert scharf an der Grenze zu «völkischem» Denken.

Zuwanderung als Sündenbock

Interessanterweise stehen bevölkerungspolitische Programme, wie sie die Ecopop-Initiative fordert, im Widerspruch zur demografischen Realität. Weltweit ist das Bevölkerungswachstum in den letzten Jahrzehnten gesunken, so dass die durchschnittliche Anzahl Kinder pro Frau im globalen Süden noch 2,75 beträgt und bis Ende 2020 auf 2,05 bis 2,45 sinken dürfte⁹. Ein grosser Teil des heutigen Bevölkerungswachstums ist eine Folge von verbesserter Gesundheitsversorgung, sinkender Kindersterblichkeit und steigender Lebenserwartung. Die geburtenstarken Jahrgänge werden Mitte des Jahrhunderts gestorben sein. Dann wird sich der abnehmende Geburtenüberschuss eindeutig zeigen – worauf voraussichtlich die sozialen und ökonomischen Folgen einer schrumpfenden Weltbevölkerung weltweit die politischen Debatten beherrschen werden.

Weshalb also diese Panikmache vor der Überbevölkerung? Wir täten besser daran, in Ruhe zu überlegen, wie die verbleibenden Ressourcen gerecht verteilt werden können, damit neun Milliarden Menschen gut davon leben können.

Mit der Beschwörung der Überbevölkerungsformel wird die Schuld an Problemen wie Klimawandel, Umweltverschmutzung oder angeblich drohendem Ressourcenmangel den Armen und speziell der Fruchtbarkeit der Frauen im globalen Süden zugeschoben. Dies soll von den tatsächlichen VerursacherInnen, den sich verschlechternden sozialen Verhältnissen, der Zerstörung der Umwelt ablenken. Der Überbevölkerungsdiskurs dient der Sicherung der Privilegien, des Reichtums und der Ressourcen der Reichen im Norden. Eine westlich industrialisierte Lebensart, die auf Ausbeutung und Einhegung¹⁰ basiert, wird mit einem Ökomantelchen legitimiert und aufrechterhalten. Dabei wird Malthus-These «besser weniger Menschen als mehr teilen» reproduziert und eine neoliberale Politik befördert, welche u. a. die mächtigen Konzerne von der Verantwortung für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Zerstörung befreit.

Der Überbevölkerungsdiskurs passt zur aktuellen nationalen und internationalen Lage: Er schafft ein Ventil für Menschen, die von den laufenden Sozialangriffen neoliberaler Regime betroffen sind. Ein Ventil für die Wut über die Steuererleichterungen für Reiche und Unternehmen, für Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen und den Abbau bei den Sozialversicherungen. Und ein Ventil für Frauen, die den Abbau staatlicher Sozialleistungen stets als erste auffangen müssen.

Anstatt politisch Druck gegen die Verantwortlichen aufzubauen und Forderungen für eine gerechtere Verteilung zu formulieren oder die Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlichen Wandels zu thematisieren, schützt die Ecopop-Initiative die Interessen der Reichen und Mächtigen, indem sie die gesellschaftlich Schwächeren zu VerursacherInnen oder SchmarotzerInnen erklärt und einem diffusen Unwohlsein der SchweizerInnen ausliefert, das sich in Abwertung und Wut bis hin zu körperlichen Angriffen entlädt: Gegen Frauen in armen Ländern, gegen Arme, gegen MigrantInnen, Alte und Behinderte bei uns.

- 1 Unter dem Namen «Frauenstimmen gegen den Krieg» initiierte die cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit 2001 eine Aktionsgruppe, die sich kritisch mit den Diskursen auseinandersetzte, mit denen die USA und ihre «Koalition der Willigen» den militärischen Einmarsch in Afghanistan und im Irak legitimierten. Über die Jahre verlegte sich der Arbeitsschwerpunkt von öffentlichen Aktionen auf analytische Diskussionen zu Themen wie Militarisierung, Sicherheit, Governamentalität etc.
- 2 Gemäss Bundesamt für Statistik meint Biokapazität «die Fähigkeit der Natur, Rohstoffe zu erzeugen, Platz für Gebäude und Strassen zur Verfügung zu stellen und Schadstoffe abzubauen.»
- 3 <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/text/econvention.htm> (20.8.2014)
- 4 United Nations Population Fund 1994, Master Plans for Development, Chapter VII, Reproductive Rights and Reproductive Health
- 5 Samuel Mills, Ed Bos, and Emi Suzuki «Unmet need for contraception», Worldbank, 2010
- 6 <http://blogs.worldbank.org/opendata/between-1960-and-2012-world-average-fertility-rate-halved-25-births-woman> (20.8.2014)
- 7 United Nations Population Fund <http://www.unfpa.org/rh/planning.htm> (20.8.2014)
- 8 <http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/gid/217/susanne/implantierte-verhütung> (20.8.2014)
- 9 United Nations, World Population Prospects: The 2012 Revision, New York, 2013.
- 10 Aneignung öffentlicher Güter durch eine Elite.

Text: Frauenstimmen gegen den Krieg (Laura Zimmermann, Nina Schneider, Barbara Müller, Agnes Hohl, Regula Flury)
Redaktion: Katja Schurter / Layout: Claudia Labhart

Kontakt: frauenstimmen@gmx.ch Für Spenden: PC 89-618432-2
Download «10 feministische Kurzargumente gegen Ecopop»:
www.bit.ly/1uFSdoO und www.nein-zu-ecopop.ch